

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 8. Juli 2015

Kronberger Kreis: Ein Austritt Griechenlands gefährdet weder den Euro noch Europa

„Nachgeben gegenüber der griechischen Forderung nach neuen Krediten oder einem Schuldenerlass ohne Bedingungen gefährdet die Zukunft der Währungsunion. Ein Austritt Griechenlands bedroht die Währungsunion bei weitem nicht in gleichem Maße“, betont der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, auf seiner heutigen Sitzung in Frankfurt am Main. „Mit dem Austritt Griechenlands scheitert weder der Euro noch Europa.“

Hilfen ohne Konditionalität führen dazu, dass die Währungsunion zu einer Transferunion wird: Die Empfänger könnten Druck auf die Zahler ausüben, die Transfers immer weiter auszuweiten. Würde man Griechenland die Schulden ohne Auflagen erlassen, könnte man kaum erwarten, dass andere Krisenstaaten wie Portugal, Spanien, Irland oder Italien für ihre eigenen Schulden und zusätzlich für die von Griechenland geradestehen.

Die dann noch verbleibenden Mitgliedstaaten könnten die auf sie verlagerten Schuldenlasten nicht schultern. Einige dieser Länder haben zudem deutlich niedrigere Pro-Kopf-Einkommen als die Krisenländer. Die verbleibende Möglichkeit, die Schuldenlast auf die EZB und die Notenpresse zu verlagern, würde die Existenz der Währungsunion insgesamt untergraben. Damit würde gegen das Verbot der Staatenfinanzierung verstoßen. Mit der Verpflichtung der EZB auf Preisstabilität wäre dieser Weg ebenfalls unvereinbar.

Wenn Griechenland nicht bereit ist, die mit einem neuen Hilfsprogramm verbundenen Auflagen zu erfüllen, sollten die Staaten der Eurozone einen möglichst geordneten Austritt aus der Währungsunion durchsetzen. Dieser Austritt wäre faktisch erzwungen, wenn die EZB die griechischen Banken nicht länger mit Notkrediten versorgt, weil sie insolvent sind.

Ein geordneter Weg wäre aber ebenfalls denkbar. Zwar wird oft behauptet, es sei rechtlich nicht möglich, ein Land aus der Eurozone auszuschließen. Eine kontinuierliche Verletzung von Treue- und Kooperationspflichten könnte jedoch einen Verstoß gegen allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts darstellen. Dies könnte einen Ausschluss rechtfertigen, argumentieren die Wissenschaftler des Kronberger Kreises.

Der Austritt aus dem Euro wäre für Griechenland zweifellos ein herausfordernder Schritt, selbst wenn Griechenland dabei Übergangshilfen der EU erhält. Er hätte aber den Vorteil, dass die griechische Regierung künftig die von ihr bevorzugte Politik frei von Vorgaben der Gläubigerstaaten verfolgen und dafür die volle demokratische Verantwortung übernehmen kann.

Der Kronberger Kreis



Prof. Dr. Lars P. Feld

Sprecher des Kronberger Kreises, Leiter des Walter Eucken Instituts Freiburg, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Clemens Fuest

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen.



Prof. Dr. Justus Haucap

Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Vorsitzender des Forschungsbeirats des RWI Essen, ehem. Vorsitzender der Monopolkommission.



Prof. Dr. Heike Schweitzer, LL.M.

Geschäftsführende Direktorin des Instituts für deutsches und europäisches Wirtschafts-, Wettbewerbs- und Regulierungsrecht (IWWWR), Freie Universität Berlin.



Prof. Volker Wieland, Ph.D.

Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), House of Finance, Frankfurt, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.



Prof. Dr. Berthold U. Wigger

Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Forschungsprofessor am ZEW Mannheim, Research Fellow am CESifo München, Fiscal Expert des Internationalen Währungsfonds.

„Mehr Mut zum Markt“ lautet die Devise des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Der 1982 gegründete Kronberger Kreis entwickelt ordnungspolitische Reformkonzepte, mit dem Ziel, die freiheitliche Ordnung in Deutschland und Europa weiterzuentwickeln.

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Leitung Kommunikation, Medien und Ordnungspolitik

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
D-10117 Berlin

Tel. (030) 20 60 57 33
Fax (030) 20 60 57 57

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de
www.twitter.com/StiftungMaWi